Freitag, den 15. September, Abteilungs-Versammlungen

der kapitalistischen Klasse unvermeidlich ist, und daß nur diese Auseinandersetzung ihr Brot, Freiheit und Frieden bringt. Alles andere, mögen es kommen aus welchem Lager es wolle, dient immer nur, bewußt oder unbewußt, den Interessen der herrschenden kapitalistischen Klasse. Die Kontrollkommissionen sind in letzten Ende auch nur zur Beschwichtigung der erbitterten hungernden Masse da, um sie vor dem kurzen Schritt zur endgültigen Befreiung abzuhalten. Darum ist es dringend notwendig, der augenblicklichen Betriebsratsbewegung in der Form Beachtung zu schenken, daß sie benutzt wird zu einer nachhaltigen Aufklärung der arbeitenden Klasse im Sinne der Revolution. Nicht Kontrolle, sondern Übernahme der Produktion durch das Proletariat muß die Parole lauten!

Politische Rundschau

Eine Unverschämtheit

„Ein Teil des deutschen Volkes muß bei fortschreitender Geldentwertung verhungern." („Leipziger Neueste Nachrichten" vom 8. September 1922)

Es muß schon schlimm stehen um die deutsche Bevölkerung, wenn schon ein großes alldeutsches Blatt eine solche Feststellung macht. Vor einiger Zeit klang es noch ganz anders. Da wurde den Lesern erzählt, ihr Heil berufe auf der freien Wirtschaft, die ihnen reichliche und billige Nahrungsmittel bringen werde. Was aus die freie Wirtschaft gebracht hat, ist vom Oberbürgermeister von Berlin am 2. September festgestellt worden: Ueber 80 Prozent der Berliner Schulkinder sind unterernährt, über 50 Prozent sind tuberkulös." Es heißt der kapitalistische „Wiederaufbau" aus. Bald für ein Gleiches heranwachsen wenn heute schon 50 Prozent der Schulkinder tuberkulös sind, kann man sich vorstellen. Die Berliner Zustände sind auch in zahlreichen anderen Gemeinden anzutreffen. In manchen Orten ist das Elend noch größer. Wenn hier nicht an eine gründliche Umstellung des „Ernährungswesens" gegangen wird, ist ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands verloren.

Die arbeitende Bevölkerung geht zugrunde, wenn sie glaubt, vom Kapitalismus irgend eine Besserung der Zustände zu erwarten. Und der Geschichte wissen wir, daß in früheren Perioden die Machthaber ruhig weite Schichten der Bevölkerung haben sterben lassen. Erst wenn sie in die Gefahr gerieten, selbst dabei mit unterzugehen, hat sich ein Teil der Herrschenden zu Reformen bequemt, um sich selbst vor dem Untergang zu bewahren. Spartanis Geschichte liefert dafür die besten Beweise. Auch aus anderen Ländern können sie geholt werden. In Deutschland sind aber die Herrschenden noch lange nicht am Abgrunde angelangt. Im Gegenteil! Sie sind auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu einem außerordentlichen Wohlstand gelangt. Sie sind im Besitze der Goldwerte, der wirtschaftlichen Machtmittel, sie verfügen über ausländische Zahlungsmittel, über Konten in ausländischen Banken, über Kostbarkeiten aller Art, über Nahrungsmittel. Sie sind auf lange Zeit mit allen notwendigen Bedarfsartikeln eingedeckt. Sie können es aushalten, auch wenn das Massensterben im Proletariat immer größer wird. Natürlich, daß sie sich dazu verstehen, einige Almosen zu Kinderspeisungen herzugeben, wenn die Not zum Himmel schreit. Und was sie auf der einen Seite geben, das werden sie auf der anderen Seite durch Preisdiktate wieder herausholen wissen.

Vom Kapitalismus, von der bürgerlichen Gesellschaft ist nichts zu erwarten. Will die arbeitende Bevölkerung leben, so muß sie sich selbst helfen.

Wie entnehmen dies der — „Freiheit" vom Sonnabend, den 9. September, wobei wir gestehen, daß uns ob so viel Unverfrorenheit die Sprache verschlägt. Diejenigen Proletarier, die dies nicht als offene Verhöhnung empfinden und all den Genossinnen der „Bannerträgerin", müßten eigentlich verurteilt werden, sämtliche Proletarier der „Freiheit" auswendig zu lernen, die während der Kämpfe gegen das Kapital erschienen sind.

Wachstum der „kommunistischen Presse"?

Die „Rote Fahne" teilt dies jeden Tag mit. Allerdings ist dies nicht immer kontrollierbar, aber verständlich, und zwar dadurch, daß die „Rote Fahne" erscheint, bisher ist kein anderes Zeitungsblatt. Daß aber der Einfluß der 3. Internationale wächst, geht schon daraus hervor, daß Lichtscheu jetzt regelmäßiger Mitarbeiter im „Abend-Abendblatt" ist, wo er über den „Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre" schreibt. Wenn also die „Rote Fahne" wieder einmal verboten wird — Ersatz ist vorhanden.

Die demokratische Pressefreiheit

Dieser Tage hat im „Reichsrat" eine Aussprache über die Presse stattgefunden, in der der Bankerott der deutschen Zeitungen als ziemlich sicher hingestellt wurde. Es sei nur folgendes aus den Ausführungen Lesuns, dem Referenten, wiedergegeben:

Schlimmer ist aber die katastrophale Wendung in der Papierpreisen, die in der letzten Zeit eingetreten ist. Vor dem Kriege kostete ein Doppelwaggon Zeitungspapier einschließlich Fracht 3000 Mark, jetzt 340 000 Mark, und dabei hat das Papierkonsulat noch Zahlungsbedingungen festgesetzt, die dahin gehen, daß 50 Prozent von dieser horrenden Summe vorher bezahlt werden müssen. Ich brauche wohl nicht auseinanderzusetzen, daß kein Verleger unter den heutigen Verhältnissen in der Lage ist, solche Summen zu zahlen und vorauszubezahlen. Dazu gehören ungeheure Mittel, Mittel, die einzelnen, das ist der direkte Ruin für die deutsche Presse. Was es für Folgen hat, wenn die Presse eingeht, brauche ich nicht näher auseinanderzusetzen. Es werden große kulturelle Werte vernichtet. Wenn aber die ganze Presse zugrunde geht, nicht nicht blos der Verleger, die Redakteure, sie werden die Angestellten und Redakteure arbeitslos und das Heer der Buchdrucker und Setzer, der Maschinenmeister, das in der Presse beschäftigt wird, wird auf die Straße geworfen werden.

Ich frage, was man gestehen soll? Heuchelei der Zeitungsunternehmer habe ich schon angedeutet, daß etwas geschehen kann und muß. Ich würde vorschlagen, daß die Reichsregierung sich sofort mit der Frage beschäftigt, ob nicht analog entsprechend dem Gesetz zur Beilegung der Notlage der Presse, das am Monatsbeginn, noch nur ein Gesetz zur Unterstützung der Presse sein sollte, die Preisfestsetzung derart bewirkt werden kann, daß wenigstens ein angemessener Preis für Papier festgesetzt wird. Die Papierfabrikanten sollen im Gesetze hineinnehmen, und trotzdem hat der Druckpapierverband detretiert, daß sofort für das Kilo Druckpapier nicht mehr 27, sondern 34 Mark zu bezahlen sind. Der Redner gibt dann zur Erwägung, ob nicht rücksichtslos ein Zwangsfundsat geschaffen und eventuell die Zwangswirtschaftung des Papiers wieder in Aussicht genommen werden soll. Vom Staat selbst, der für den Holzbezug in Betracht kommt, müsse auch etwas getan werden, um das Papierholz zu verbilligen, auch um die Zellulosefabrikanten in die Schranken zurückzuverweisen. Redner schließt: Wenn wir die Dinge so laufen lassen, wie sie in der letzten Zeit gelaufen sind, sind wir in vier Wochen sämtlich erledigt. Das proklamiere ich hier mit allem Ernst: sämtliche Zeitungen sind erledigt bis vielleicht auf zwei oder drei in vier Wochen, wenn nicht sofort seitens der Regierung eingegriffen wird.

Das ist die Pressefreiheit der Demokratie. Letzten Endes erscheinen eben nur noch die Zeitungen der demokratischen Könige, wenn das revolutionäre Proletariat nicht alles ausbietet, um seine Zeitung zu halten.

Hungerunruhen in Kattowitz

WTB. Kattowitz, 11. September.

Infolge der Vorfälle in den letzten Tagen wandten sich die zuständigen Behörden an den Ministerrat mit der Bitte, in einigen Teilen der Woiwodschaft außerordentliche Gerichte einzusetzen. Jeder, der bei einer öffentlichen Aufreizung, bei Raub, qualifiziertem Diebstahl, Erpressung oder Brandstiftung ergriffen wird, soll der Todesstrafe verfallen.

Am Sonnabend fanden in Kattowitz große Unruhen statt, deren Ausgangspunkt die Nichtauszahlung der Löhne war. Vormittags brach auf der Ferdinandsgrube ein Streik aus, wobei die Belegschaft demonstrierend durch die Stadt zog. Zwischen der aufgebotenen Polizei und den Demonstranten kam es zu wiederholten Zusammenstößen, wobei Polizeistreifen entwaffnet wurden. Die Bewegung dehnte sich auch auf die Bismarckhütte aus.

** Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg **

der Kommunistischen Arbeiter-Partei

Einladung

Am Sonntag, den 17. September 1922, findet für den Bezirk Berlin-Brandenburg eine

Bezirkskonferenz

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Politische Lage und Aufgaben der Partei
2. Konsolidierung des Wirtschaftsbezirkes
3. Stellungnahme zur Zentralausschußsitzung
4. Organisatorisches
5. Verschiedenes

Ort und Zeit wird durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Der Arbeitsausschuß.

Ausland

Der weiße Terror in den baltischen Randstaaten

(Litauen, Livland, Estland.)

Daß in den Ländern mit der „demokratischen Staatsverfassung" die Bourgeoisie mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Trabanten am brutalsten auftritt, ist für uns Kommunisten nichts Neues. Ist doch die republikanisch-demokratische Staatsform der beste Boden für das Kapital, die Ausbeutung und Niederhaltung des Proletariats in der rücksichtslosesten Art durchzuführen. Insbesondere aber erhält dies noch ein besonders drastisches Gesicht, wenn Sozialdemokraten in der Regierung sitzen. Ihr Haß gegen den Kommunismus kennt keine Grenzen, ihnen sind alle Mittel recht, wenn es gilt, dem verhaßten Gegner eins auszuwischen.

Zur Zeit wüten die Kommunistenverfolgungen am Schlimmsten in den östlichen „demokratischen" Randstaaten, Litauen, Livland und Estland. Die sozialdemokratische und bürgerliche Presse schweigt dies tot. Die revolutionäre Arbeiterbewegung kann sich dort nur illegal halten. Ueber das ganze Gebiet ist ein Netz von Spionen und Lockspitzeln ausgebreitet. Jeden Tag werden die mutigsten Kämpfer des Proletariat verhaftet, ins Gefängnis geworfen oder „auf der Flucht erschossen." Alles unter der Mitwirkung der sozialdemokratischen Mitläufer. Die sind die eifrigsten Förderer dieser Bestialitäten. In Estland wurde erst vor kurzem der Kommunist Kingisepp, nachdem er im Gefängnis gefoltert worden war, standrechtlich erschossen. Dem 17jährigen Jugendgenossen Rahnsell wurden die Ohren abgerissen, im Gefängnisse zu ergänzen. Genossinnen werden ohnmächtig geschlagen von der estnischen Geheimpolizei, um Aussagen zu erpressen. Vor kurzem wurden mit einemmal gleich 115 Kommunisten auf die Insel Nuckö geschickt. Zuchthaus- und Festungsstrafen und Zwangsarbeit wurden verhängt. Sammlung von der Kommunistischen Jugend wurde zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. — Noch schlimmer aber wütet die Bourgeoisie im „demokratischen" Livland. Dort gehen die Verhaftungen, Ausweisungen und Erschießungen in die Tausende. Man verschont hier nicht die Kinder. Der 13jährige Gefolgsmann wurde, weil er der kommunistischen Gesinnung verdächtig war, blutig geschlagen, sodaß er mehrere Wiale die Besinnung verlor. Und solche Fälle lassen sich zu Dutzenden aufführen. Jeder, der des Kommunismus verdächtig ist, steht außerhalb des Gesetzes. Zwei jugendliche Arbeiter, Mitelin und Grossis, wurden blutig geschlagen, weil sie verdächtigt wurden, mit den Kommunisten zu sympathisieren. Zur Abschreckung der Zentralrat gegen die Arbeiter bedient sich die Bourgeoisie der weißen Garde: Selbstschutzorganisationen und Studentenkorporationen. Tausend Vorwände werden benutzt, um Verhaftungen und Erschießungen vorzunehmen. Der Justizminister Holzmann und der Arbeitsminister Dukens sind Sozialdemokraten und gehören der Wiener Arbeitsgemeinschaft (2½. Internationale) an. — In Litauen besteht die weiße Garde aus Geheimpolizei, Miliz und Schützenabteilungen. Die Gefängnisse sind hier vollgepfropft von Arbeitern. Unter ihnen 25% Jugendliche.

An einem Tage im August wurden 140 verhaftet, schwer mißhandelt und ins Gefängnis geworfen. Jeder, der im Verdacht steht, Kommunist zu sein, ist vogelfrei. Ausspeitschungen und schwere Folterungen hat jeder Verhaftete zu erwarten. Der Arbeiter Baltis wurde von mehreren Leuten im Zimmer des Befehlshabers der Miliz mißhandelt. Man schlug ihn mit Gewehren ins Gesicht, preßte ihm, verstopfte ihm mit Lappen den Mund. Zum zweiten Mal wurde er in Illjanz mißhandelt, wo man ihn mit den Hunden an einen Balken aufhing. Diese Fälle ließen sich zu Hunderten anführen. An allen Fällen sind Sozialdemokraten mitbeteiligt, mit ihrer pazifistischen Frage unterstützen sie jede Gewaltat der Bourgeoisie. Das Mitglied des obersten Tribunals und Sachverständiger der litauischen Geheimpolizei, August Januliatis, ein Führer der sozialdemokratischen Partei, welche der Wiener Arbeitsgemeinschaft angehört, stimmte mit für das Todesurteil des 19jährigen Kommunisten Mangalis und anderer, welche auch daraufhin erschossen wurden. Derselbe sozialdemokratische Führer war einer der Richter über den Kommunisten Boris, der zum Tode verurteilt wurde, was später in eine 15jährige Zuchthausstrafe umgewandelt wurde. Boris wurde 6 mal gefoltert mit Schlägen auf entblößten Magen an einem Tage. — Die Gefängnisse in Kowno, Schawli, Pomewesch, Wolkomanschi und allen Orten Litauens sind überfüllt mit politischen Gefangenen. Der erwähnte Sozialdemokrat Januliatis ist der Großinquisitor, der Vorsitzende und Sachverständige der Schwalgiha (politischen Geheimpolizei). Er ist das willfährige Werkzeug der Bourgeoisie Litauens, die vor „Demokratie" triefe, die angeführten Fälle zeigen zur Genüge, wie sich die „Demokratie" in Wirklichkeit gestaltet. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung führt einen vernichtenden Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Dieser Kampf ist für sie eine Machtfrage. Das Proletariat muß sich von den pazifistischen Phrasen ihrer parlamentarischen Führer freimachen und erkennen, daß es nur ein Mittel gibt, dem weißen Terror gegenüberzutreten und nicht auszuweichen. Die Arbeiterklasse wird gezwungen werden, kurz über lang, ob sie will oder nicht, den Kampf aufzunehmen, und dieser Kampf kann nur geführt werden unter der Losung: Eroberung der politischen Macht! Für die Diktatur des Proletariats! Will das Proletariat den Kampf um seine Befreiung nicht, so wird es mit zusehen müssen, wie seine besten Kräfte in den Gefängnissen dahinsiechen, und selbst unter der pazifistischen Gewalt allmählich vor Hunger verenden. — —

Der Generalstreik in Portugal

Wie „Humanité" meldet, fand in ganz Portugal vom 6. bis 15. August ein revolutionärer Generalstreik statt, dessen Ausgangspunkt der Kampf gegen die Brotverteuerung war. Die Parole des Gewerkschaftsverbandes wurde von der gesamten Arbeiterschaft mit Begeisterung aufgenommen. Im Streikschluß heißt es: „Wir ziehen es vor, im Kampfe zu fallen, als vor Hunger hinzusterben."

Allgemeiner Poststreik in Irland

Entsprechend der von den Vertretern der Angestellten der Post und Telegraphie in Dublin gefaßten Entschließung ist der Generalstreik in der Post und Telegraphie in Irland ausgebrochen. Demzufolge sind seither alle telegraphischen und telephonischen Verbindungen zwischen Irland und England unterbrochen.

Der Poststreik in Polen

Wie der „Kurjer Poltski" meldet, haben die Post- und Telegraphenbeamten beschlossen, den Streik weiterzuführen. Die Post- und Telegraphengebäude werden militärisch besetzt. Man rechnet mit einer Entsendung der Eisenbahner zum Streik, der jetzt schon ganz Polen erfaßt hat.

Lohnkämpfe in Ungarn

Mit Rücksicht auf die immer häufigeren Lohnbewegungen der Arbeiter, die öfter zum Streik führen, haben die Industriellen einen einheitlichen Block gebildet, der die Gesamtheit der Industriellen gegenüber den Gewerkschaften vertreten soll. Die von der Arbeiterschaft jüngst verlangte automatische Erhöhung der Löhne auf Grund der Indexziffer wurde von den Industriellen einheitlig abgelehnt.

Mitteilungen

An alle Ortsgruppen.

Alle Geldsendungen an den H-Kassierer sind an folgende Adresse zu senden: Otto Alsens, Neukölln, Weichselstraße 38, Quergebäude 1 Treppe. Postscheck Nr. 138025.

6. Bezirk. Freitag, den 15. September 1922, Bezirksmitgliederversammlung bei Paris, Hasenheidstraße 32.

6. Bezirk. Der Abteilungsabend der 1. Abteilung findet am 15. September, abends 7 Uhr in der Wohnung des Gen. Borkowski statt.

Gesangsstunde-Stunde
am Freitag, den 15. September 1922, abends 7 Uhr, Gipsstraße.

Kampfsonds-Liste Nummer 4621
ist eingegangen, sollte darauf irgendwo gesammelt werden, so ist dem Unterzeichneten die Liste abzusenden. Der Hauptkassierer.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehrlich, Neukölln. — Verlag des Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Druck- und Kunstdruckerei, Berlin S 42, Oranienstraße 164.

3. Jahrg. Nr. 67. Preis 7,50 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NO 7, Nr. 460 29

Abonnementspreis für Groß-Berlin 70 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 90,— M. monatlich, nach dem Ausland 180,— M. monatlich.

Zur Zentralausschußsitzung

Der am 24. September tagende Zentralausschuß der KPD. ist vor eine Fülle von Aufgaben gestellt, bei denen es weniger auf Beschlüsse oder Resolutionen ankommt, als auf die praktische Durchführung derselben. Die Situation stellt die Partei vor die allerschwierigsten Aufgaben. Aufgaben, die nicht nur und noch viel weniger erst einer Klärung bedürfen, sondern die in ihrer praktischen Durchführung nur große, fast übermenschliche Schwierigkeiten stoßen, die jedoch gelöst werden müssen, wenn der revolutionären Bewegung ein harter Rückschlag erspart bleiben soll.

Wir gehen einer sich stets verschärfenden Situation entgegen. Die Folgen des kapitalistischen Wiederaufbaues treten mit jedem Tage krasser in Erscheinung. Das deutsche, zerrreißliche, überhaupt das europäische Proletariat in erster Linie wird Ausbeutungsmethoden unterworfen, die einfach unerträglich werden und zu Zusammenstößen führen müssen. Die Schlinge des Weltkapitals zieht sich immer enger und zwingt die Arbeitermassen zwingen, wenn sie sich nicht rechtzeitig aufraffen, zu verenden.

Der letzte Parteitag hat in grundsätzlicher und theoretischer Beziehung Klarheit geschaffen. Der Aufsprung einer kleinen Schar Besetzlistler war notwendig. Sie haben sich zum großen Teil in ihre Heimat zurückgefunden, teils zur SPD., wie ihr prominentester Vertreter, teils warten sie auf bessere Zeiten. Meinungsverschiedenheiten in der Partei sind nicht vorhanden, ebensowenig wie in der Union. Die Mehrheit des Parteitages war richtig, der Parteitag selbst hat die Kräfte zusammengeschweißt, ohne Ueberstürzung kann das angegangen werden.

Die Partei hat in der letzten Zeit gewissen Fortschritte gemacht und unablässige Arbeit geleistet. Der Parteitag konnte feststellen, daß die Unterstützung der Union eine der hauptsächlichsten und notwendigsten Aufgaben der Partei ist. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Die Union hat sich theoretisch und organisatorisch gut entwickelt und ist auch aus sich herausgegangen. Der Gedanke der Union fängt an in das Bewußtsein der Masse zu dringen. Und vor allem Dingen: Die Union arbeitet trotz innigster Verbindung mit der KPD. selbstständiger denn je und marschiert auf eigenen Füßen. Die Union hat auf ihrer letzten Reichskonferenz die letzten inhaltslosen Phrasen abgeschüttelt und erkannt, daß ohne schwunglose theoretische Grundsätze der Klassenkampf des Proletariats nicht erfolgreich durchgeführt werden kann. Diese Tatsache ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die Arbeit der Parteigenossen in der Union.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Partei in Zukunft keinen Deut anders handeln kann. Die Arbeit für und in der Union ist eine der Hauptaufgaben der Partei. Jedoch auch die Partei kann diese Aufgaben, sowie ihre Aufgaben überhaupt nur durchführen, wenn dazu die Voraussetzungen vorhanden sind.

Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß in der Arbeiterklasse die revolutionäre Erkenntnis die auf ein Minimum geschrumpft ist, ihr der folgenden Krise. Diese Erkenntnis jedoch zu fördern, das ist heutige die einzige Aufgabe, die die Partei zu lösen hat. Dazu ist eine konzentrierte grundsätzliche Propaganda notwendig. Die Manöver, die heute noch mit Erfolg mit den Proletariat ausgeführt werden durch eine gewegen an Verräterkitzel grenzende Revolutionsfabrikation, hauptsächlich von Moskau, zeigen uns die Notwendigkeit der Verhinderung unserer Kräfte mehrlich sichtbar genug. Die Hauptaufgabe der Partei ist heute, die letzten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf zu schaffen, das ist Klarheit über die Revolution, Klarheit über die Aufgaben des Proletariats als Klasse, das ist mit einem Worte: gegenüber der allgemeinen die Lust vergiftenden Skandalpropagande eine gründliche Kommunistische Propaganda; läßt unsere Kraft in Kleiner Beziehung nach, kann trotz der Sumpf alles zu überwuchern.

Was der schärfstverständlichen Voraussetzungen dafür ist unsere Presse und Literatur. Jedoch die Erhaltung der Presse bietet auf die geschilderte Schwierigkeiten. Die Tatsache, daß die kapitalistische Gesellschaft noch nicht einmal verbieten kann, daß die Zeitung der Sozialdemokratie erscheint, spricht Bände. Wenn die Partei in der Lage ist — und sie muß in der Lage sein — eine Zeitung zu haben, die kommunistischen Gedanken trotzdem hineinzutragen zu lassen, so ist dies heute ein Zeichen ihrer Kraft.

Den Eingehen der Presse würde sich auf alle Partei und von der Partei auf das Proletariat sehr bald fühlbar machen. Die Presse ist die einzige gewaltige Waffe und zugleich das sichtbare Bindeglied der Organisation. Ein Ordnen in dieser Richtung kann durch keine Experimente wettgemacht werden.

Zunerhalb der Arbeiterklasse bahnt sich langsam aber sicher der Ring der proletarischen Revolution den Weg. Die durch die sich verschärfende Krise des Kapitals bedingte konterrevolutionäre Aktivität der Gewerkschaften bringt immer größere Teile des Proletariats in Gegensatz zu denselben. Die Vereinigung der gewerkschaftstreuen und eindeutig konterrevolutionären ADGB. mit der SPD. auf der einen Seite, und die von der KPD. gesaßtzten Betriebsräte auf der anderen Seite sind, der Beweis. Die Zersetzungskrise der Partei des Kapitals und die damit verbundene Verschärfung der Klassengegensätze wird auch trotz der KPD. die Gewerkschaftsfrage von neuem aufrollen. Die Partei und Union haben alle Ursache auf der Hut zu sein, damit das Proletariat nicht einem Gewerkschaftsverfall der KPD. ins Garn geht. Wenn es die Partei und die Union verhindert, kläreren sich die Bewegung einzuweisen, wird sie Kräftepunkte bekommen, von denen sie selbstverständlich nicht zurückschreiben darf. Gelingt es, Brüche in den Gewerkschaftsblock zu legen, wird das weitere Wirken leichter sein. Der Bann muß jedoch gebrochen werden.

Dies alles ist heute zum großen Teil neben den organisatorischen und agitatorischen Pflichten jedes einzelnen Mitgliedes eine finanzielle Frage. Der Beitrag steht in gar keinem Verhältnis zu den zu lösenden Aufgaben. Hier muß eine radikale Aenderung eintreten.

Der Zentralausschuß wird zu diesen nächsteren Dingen Stellung nehmen und der Mitgliedschaft bestimmte Vorschläge zu machen haben. Von der Lösung dieser Fragen hängt alles ab, auch die Frage der „Internationale." In Deutschland ist immer noch der Brennpunkt der proletarischen Revolution. Das erste Zeichen der Internationale ist nicht ein referierender Schulmeister, sondern die entscheidende Bresche in den konterrevolutionären Gewerkschaftsblock und somit der Triumph des revolutionären Klassenkampfes. Das Aufleben der revolutionären Flammenzeichen ist die Geburt der Arbeiterinternationale. Alles andere ist Blaff.

Die Geschichte arbeitet für uns. Sicher ist richtig. Aber dennoch müssen wir uns alle Kräften und jeder Energie unseren Posten behaupten und ausbauen. Denn in gegebener Stunde kann erneuerndes Proletariat gleichzeitig Kampfgenossen den richtigen Weg weisen können. Geschichte Geschichtet der Gestaltung jedem Einzelnen und der Partei als Gesamtheit gegenüber, ist heute maßgebende Verantwortung, aufgerufene Aktivität höchster Notwendigkeit. Wenn in diesem Sinne von den Genossen überall Hand angelegt wird, wenn es auch vorwärts gehen. Noch triumphiert die Kapitalistenklasse infolge ihres ausgeprägten Klassenbewußtseins immer noch über das Proletariat. Und es ist im weitesten Sinne das Wirken Gebote im Vorgange. Die Partei muß ihre Kraft verdoppeln und der Zentralausschuß muß den Weg zeigen. Die Mitgliedschaft ist gewillt, die notwendigen Opfer zu bringen.

Das Gesicht der Demokratie

Unruhen in West und Ost

Bochum, 13. September (WTB.) Die Polizei teilt mit: Gestern vormittag wurden Plünderungen auf dem Wattenmarkt durch Eingreifen der Schutzbeamten verhindert; ein einziger Mann wurde durch Steinwürfe verletzt. Aus der Straßen Bäuerwig wurden, um die Täter festzustellen, von den Beamten die Türen der Waggons verschlossen. Die Arbeiter widersetzten sich dieser Maßnahme und brachten Gewalt anzuwenden. Es entstand eine Rauferei, in welche die Schutzpolizei eingriff. Als die Haltung der Arbeiter, die etwa 1000 Mann stark waren, immer drohender wurde, mußte die Schutzpolizei von der Waffe Gebrauch. Ein Mann wurde getötet, zwei Arbeiter mit einer Arbeiterin schwer verletzt.

„Gestiefelt!", „Verwundet!", „Die Ordnung wieder hergestellt"! Wer erinnert sich nicht an die Worte Wilhelms „Pardon wird nicht gegeben", oder an Jagow „Ich weiß Neugierige"? Wir kennen aber auch etwas anderes vorlegen von den Ordnungsschergen. Die Ordnung der kapitalistischen Gesellschaft erzwingen ist nun einmal ein Verbrechen, das durch nichts entschuldigt werden kann. Die Ordnung muß aufrecht erhalten werden.

„Diese Ordnung der demokratischen Republik fängt jetzt an, unerträglich zu werden für die Massenbestandten. „Wiederaufbau", der jetzt seine praktischen Wirkungen zeitigt, fordert sein Opfer. Die ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise lassen um einmal nicht zu, daß für den Bedarf produziert werden kann. Der Profit ist heilig. Die demokratische Republik muß jede Einsicht unterbinden, um die kapitalistischen Wiederaufbaugesetze durchzuführen. Deutschland ist auf seine eigene Lebensmittelproduktion angewiesen, die für zirka zwanzig Millionen Menschen reicht. Wer somit zum Verhungern verurteilt ist, dürfte unschwer zu erraten sein. Die Freiheit des Wuchers ist nun einmal ein unantastbares kapitalistisches Prinzip.

Wer dem Proletariat vorredet, daß sich durch Lohnerhöhungen oder durch „Kontrolle" der kapitalistischen Produktion an diesen Dingen etwas ändern lasse, der ist ein Schurke. Hier helfen keine Hungerverkäufe von einigen Reichen. Hier hilft nur die klare Erkenntnis, daß, ob Demokratie oder nicht, die kapitalistische Produktionsweise nur aufrecht erhalten werden kann um den Preis von Millionen zum Tode verurteilter Proletarier.

Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa tritt in das Stadium der vollendetsten Demokratie. Die arbeitenden Massen stehen vor dem Abgrund und dienen dem Weltkapital bestenfalls noch als internationale Kulis, die durch ihre „Wiederaufmachung" die Niederwerfung des übrigen Proletariats erleichtern sollen. Die deutschen Bergarbeiter scheinen eben wieder im Begriff zu sein, durch ihre Ueberschichten den französischen Arbeitern einen weiteren Bärendienst zu erweisen. Der Lohn wird nicht ausbleiben. Er wird den österreichischen Proletariern soeben ausbezahlt, wie folgende Bedingungen zeigen, die die Voraussetzung für eine weitere „Kreditsitze" sind:

1. Abschaffung des Achtstundentages,
2. Abbau der Index für die staatliche Gehaltszahlung,
3. einschränkender Abbau der Staatsbeamten,
4. Abbauen der Grenzwacht unter internationaler Kontrolle, bewirkt, daß die Grenzsperren aufgehoben werden, die Offiziere dagegen aus Entente-Angehörigen bestehen sollen.
5. [illegible]
6. [illegible]
7. [illegible]
8. [illegible]

Sollte in Deutschland infolge dieser Forderungen der Generalstreik ausbrechen, so würde Österreich durch Hilfeleistungen unter Umständen [illegible] werden. Bundeskanzler Dr. Seipel hat in Genf schon Verhandlungen fremder Truppen, vorläufig abgelehnt, sich mit einer Verhängung aber dann einverstanden erklärt, wenn ein Generalstreik drohen sollte.

Nach Erfüllung dieser Bedingungen soll Österreich einen Kredit von 15 Millionen Pfund erhalten, an dem sich Amerika mit einem Drittel beteiligen würde.

Das ist das wahre Gesicht der Demokratie. Auch das deutsche Proletariat ist in diesen Zustand entgegen, der Vertrag mit dem französischen Imperialismus ist der erste Schritt.

Die deutschen Arbeiter scheinen auf ein Wunder zu warten, das ihnen ihre sozialistische Pflicht erspart. Sie scheinen immer noch zu glauben, daß ihre Gewerkschaften vor den letzten Konsequenzen zurückschrecken. — Verderbenbringende Illusionen. Angesichts Massen werden durch die hereinbrechende Katastrophe in den Strudel hineingerissen werden, und sie werden ihre Rettung gibt: das ist die Erkenntnis des Proletariats, der offene Kampf gegen den demokratischen Zuchthauszaat und eine Diktatur. Das ist die proletarische Diktatur und bedeutet das Zeichen für das Weltproletariat, daß das deutsche Proletariat aus seiner Hundeemut erwacht ist und die geschichtliche Aufgabe, die ihm zugewiesen wurde, erfüllen wird.

Alles hängt davon ab, ob die deutschen Proletarier rechtzeitig begreifen, daß sie Proletarier sind. Die Entscheidung liegt auf des Messers Schneide.

Die Krise im Orient

I.

Die griechische Armee ist von den Türken entscheidend geschlagen worden. Sie geht sich plündernd in wilde Auflösung zurück. Die Soldaten fordern allerseits ihre sofortige Auflösung und wenden sogar schon teilweise. In Athen veranstalteten sie einen Umzug, wobei die Abdankung des Königs Konstantin und die sofortige Beendigung des Krieges gefordert wurde. Die Regierung hat sich deshalb genötigt gesehen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung unbarmherzige und strenge Maßnahmen zu ergreifen. Versammlungen und Kundgebungen aller Art sind daraufhin verboten.

Die türkischen Truppen haben in Anwendung ihres großen Sieges bereits Ismid besetzt und sind von da in allgemeinem völlig ordnungslosem Zustand. Ein Teil der griechischen Armee wurde gefangen genommen und beträchtliche Beute an Kriegsmaterial erobert. Auch von der Küstenbahnlinie ziehen sich die Griechen zurück. Die müssen natürlich jetzt ganz Thrazien räumen. Jeder Widerstand wäre absolut sinnlos. Der Großmachttraum Griechenlands wird für lange Zeiten die tödlichste Ente gefunden haben. Man hat bisher dem türkischen Angebot der türkischen Regierung ein ziemlich bedingungsloses Waffenstillstandsangebot unterbreitet, um zunächst die noch verbleibenden wenigen Kräfte zur Unterdrückung der aufkeimenden inneren Unruhen verwenden zu können.

Die türkische Nationalversammlung in Angora allerdings beschloß infolge ihrer grenzenlos imperialistischen Einstellung, an den Oberbefehlshaber der türkischen Armee, Kemal Pascha, einen Brief zu richten, wonach die Einleitung der Feindseligkeiten gegebenenfalls sie verstoßen empfohlen wäre. Diese türkischen Nationalisten wollen unbedingt wieder die Herstellung des alten türkischen Reiches wie vor dem Weltkrieg. Ihr Kriegsziel würde also erst mit der Eroberung von Konstantinopel ein vorläufiges Ende finden. Uebrigens lauten die Zeitungsberichte bis jetzt sehr widersprechen darüber. Der „Matin" zufolge denkt die türkische Regierung einstweilen daran, einen Waffenstillstand abzuschließen. Einer anderen Lesart zufolge soll Kemal Pascha vielerum England aufgefordert haben, an einer Besprechung über die Waffenstillstandsbedingungen teilzunehmen. Jedenfalls dürfte soviel feststehen, daß man in türkischen maßgebenden Kreisen keinen allzu großen Wert auf einen möglichst schnellen Abschluß eines Waffenstillstandes legt. Es ist auch kaum anzunehmen, daß Kemal Paschas militärische Pläne mit dem Fall Smyrnas abgeschlossen sind. Vielmehr wird er als markanter Vertreter der nationalistischen Partei bemüht sein, den Sieg in weitestem Maße auszunutzen. Konstantinopel wird auf dieser Linie der nächste Punkt sein.

Diese griechisch-türkischen Auseinandersetzungen verdienen deshalb in so hervorragendem Maße unsere Betrachtung, als im Grunde genommen bedeutsam die englischen und französischen Interessen gegeneinander aufgerollt und ausgespielt werden. Während England stets darauf bedacht war, seine Vormachtstellung auf der ganzen Erde durch Schaffung großer Absatzmärkte und Ausbeutung riesiger Rohstoffquellen in Verbindung mit der Sicherung der für den Handel notwendigen Zufahrtstraßen zu erzielen, hat sich Frankreich in seiner Gier nach Griechenlands Ruhm und Ruhe bei seiner Kriegführung

Ausland

Die Wirtschaftslage Amerikas

Amerika ist der Gläubiger der Welt und hat außerdem quer durchs Land das gesamte Goldvorrate der Welt in seinen Tresoren. Aber auch große Fortschritte machen hat und auch tatsächlich tausend davon Teilzahlungen herbeibekommt, angesehen aber schon der reichste ist, dem sollte es — nach landläufiger bürgerlicher Anschauung — gut gehen. Wir wissen aber, daß es Amerika — als „Volksgemeinschaft" genommen — nicht gut geht. Wohl schlimmer der amerikanische Arbeiter im Ueberfluß. Das ist aber in den Kinkern, die „bankerott" sind, auch der Fall. Ja wie leben, daß Armut und Bergnügung gestimmt in demselben Maße sich, als die Länder zahlungsunfähiger werden. Das trifft nicht nur in Deutschland zu, das eben seinen Bankerott erklärt hat, sondern auch in Oesterreich, dessen Proletariat herrenlos geworden ist und dessen Staatsmänner den Staat schon zum Teil verkauft haben und zum Teil in der Welt herumreisen, um für die politischen Zwecke noch Kredit zu erhalten. Der amerikanische Außenhandel im Juli 1922 zeigt folgendes Bild: Die Ausfuhr betrug einen Wert von 350 Millionen Dollar gegen 337 Mill. Dollar im Juli 1921, die Einfuhr einen solchen von 251 Millionen Dollar gegen 178 Millionen Dollar im Juli 1921 bei. Die Differenz ist noch bedeutend größer als die hier Zahlen erkennen lassen, denn die Preise der amerikanischen Waren sind seit einem Jahre um 40% bedeutend gesunken. Die sind nur noch rund ⅔ höher als in der Vorkriegszeit. Die ersten sieben Monate des Jahres 1922 zeigen ungefähr dasselbe Bild gegenüber dem Jahre 1921. Wir wollen durch diesen Hinweis die langen Statistiken ersparen. Aber man beachte das Bild: 1921 zählten die Vereinigten Staaten fast 10 Mill. Arbeitslose. Diese sind auf die Minimum zusammengeschmolzen; aber sie sind noch bedeutend mehr. Zu Beginn der Krise stieg die Arbeitslosigkeit geschätzt, ging dann die Kurve zurück. Noch genauer illustriert das ein Blick aus der Industrie, die die Gesundung nach Ansicht der Bourgeoisie der Welt zeigt. Die Eisenindustrie. 1921 waren 52 Hochöfen in Betrieb (1920 257), im Juli 1922 bisher 170. Die Roheisenerzeugung im Monat 1922 betrug 1 Mill. Tonnen gegen 166 541 000 im ersten Jahre 1921 (1920 [illegible] Tonnen). Die Produktionssteigerung in dieser Industrie ist eine bedeutende (wenn sie auch bedeutend hat Jahres 1920 noch lange nicht erreicht hat) und [illegible] Erzeugung! Das beweist unsere in Nr. 55 aufgestellte Behauptung, daß die Rohstoffproduktion nur zur Vorbereitung der amerikanischen Produktionsmittel dient. Daß die jetzt schon auf dem höchsten

Partei [illegible] in Sachsen. [illegible] Partei [illegible] Schule [illegible] Ein [illegible] Herr Wirth bietet also den Großindustriellen selbst die große Koalition. Das ist letzten Endes seine Sache, bei jeder Gelegenheit umzufallen. Aber sein Versuch, gegen den Hunger, nämlich die alte Verbrauchungsdoktrin: „Nur Arbeit kann uns retten" durch den Arbeitslosen ganz klar, zu widerlegen. Sowohl die große Koalition gebildet werden und was ihr Ziel sein soll. Die Forderung nach Mehrarbeit klingt wie Hohn, wenn man bedenkt, daß alle Industrien, die nicht direkt am Reparationsgeschäft beteiligt sind, ihre Produktion wesentlich einschränken gezwungen sind. Die Arbeiterklasse soll eben wieder alles bezahlen. Auf der einen Seite ruft man sie zur Mehrarbeit zu gewinnen, und auf der anderen Seite drückt man mit Hilfe eines größeren Arbeitslosenheeres die Löhne immer weiter herunter. Wie lange noch?

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach den verschiedenen Weltteilen und die Einfuhr von dorther während des letzten und der beiden vorangegangenen Fiskaljahre bezifferte sich nach einem Bericht des Handelsdepartements ihrem Werte nach, wie folgt (in 1000 Dollar):

Ausfuhr nach:	1921/22	1920/21
Europa	2 067 027	3 408 380
Nordamerika (Canada, Mexiko usw.	896 951	1 646 016
Südamerika	190 827	323 450
Asien	480 856	547 347
Ozeanien	83 803	257 181
Afrika	51 717	134 029
Gesamtausfuhr:	3 771 181	6 516 313

Einfuhr nach:	1921/22	1920/21
Europa	830 475	937 950
Nordamerika	700 739	1 207 489
Südamerika	256 897	485 249
Asien	704 556	815 445
Ozeanien	31 241	183 471
Afrika	52 101	54 871
Gesamteinfuhr:	2 608 009	3 654 445

Die Ausfuhr und Einfuhr der Vereinigten Staaten nach und von den wichtigsten Handelsplätzen verteilt sich im letzten und vorletzten Fiskaljahr wie folgt (in 1000 Dollar):

Ausfuhr nach:	1921/22	1920/21	Einfuhr von 1921/22	1920/21
Großbritannien	844 000	1 326 000	270 000	328 000
Frankreich	231 000	433 000	140 000	150 000
Deutschland	350 000	382 000	96 000	91 000
Italien	138 000	302 000	61 000	80 000
China	101 000	138 000	109 000	113 000
Japan	249 000	189 000	308 000	253 000
Mexiko	138 000	267 000	123 000	155 000
Cuba	115 000	404 000	211 000	420 000
Argentinien	80 000	201 000	61 000	124 000
Brasilien	38 000	129 000	100 000	148 000
Chile	17 000	50 000	39 000	78 000
Europ. Rußland	14 000	17 000	22	1 000
Kanada	545 000	789 000	308 000	529 000
Belgien	103 000	184 000	43 000	42 000
Spanien	86 000	118 000	27 000	32 000

Wird über die Wertsteigerung resp. der Preissteigerung der Waren in Amerika in Betracht gezogen, so ergibt sich eine Verminderung des Gesamtexports um fast die Hälfte. Zahlenmäßig nach der jetzigen Bilanz: 3 771 181 gegen 6 516 313. Auch die Einfuhr ging stark zurück, wenn auch nicht in dem Maße als die Einfuhr. Die Berichtszeit ist jeweilig 12 Monate.

Wenn unsere hochgebrachten, in Ethik und Aesthetik machenden Kulturfreunde Recht haben, ist Afrika das Land der höchsten Kultur. Afrika hat nur um rund 4% weniger Kulturgüter bezogen als kapitalistische überzivilisierte Länder mit ihrer Ueberkultur. Ein weiteres Mißgeschick auf die „Mitten" weisen die Einfuhrzahlen von Japan auf. Japan ist der einzige Staat der Welt, dessen Ausfuhr nach Amerika durch zugenommen hat. Der geringe Rückgang der Einfuhr aus Deutschland ist auf die Kulturlosen des deutschen Proletariats zurückzuführen. Deutschland hat weitaus die niedrigsten Löhne der ganzen Welt, abgesehen von Oesterreich und Rußland. Aber auch dieses Bild ist falsch. Deutschland hat an der Einfuhr von 3 914 036 Pfd. chemischer Farben im ersten Halbjahr 1922 einen Anteil von 46%, dann folgt die Schweiz mit 41% und England mit 7%. Amerika hat eine fast nicht zu [illegible] chemische Farbenindustrie.

Die Ausfuhr ist ebenfalls kein Bild des weltlichen Standes der amerikanischen Exportwerkstätten, resp. von der Kaufkraft der nichtamerikanischen Staaten. An der Ausfuhr sind hauptsächlich einige technisch auf der höchsten Stufe stehenden Industrien beteiligt, die hochwertige, außerdem nicht zu ersetzende Qualitätserzeugnisse herstellen. Die fortgeschrittenste ist die elektrotechnische Industrie. Amerika versorgt die ganze Welt mit Apparaten für drahtlose Telegraphie. Ebenfalls fällt schon die drahtlose Telephonie ins Gewicht.

Wiederum spiegelt auch die amerikanische Einfuhr nicht die Kaufkraft des Volkes wider. Die Lieferungen aus Europa beruhen zum großen Teil auf Lieferungen für Schuldentilgung und sind ermöglicht durch die Arbeitsmut und [illegible] Bedürfnislosigkeit des deutschen Proletariats.

Die Schulden der „Verbündeten" gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika mag die Tabelle illustrieren:

Belgien	347 700 000 Dollars
Cuba	9 100 000 „
Frankreich	2 950 000 000 „
Griechenland	15 000 000 „
Großbritannien	4 166 300 000 „
Italien	1 648 000 000 „
Jugoslawien	26 200 000 „
Rumänien	23 200 000 „
Rußland	187 300 000 „
Nichtoffiziell	61 200 000 „
Verschiedene Staaten	716 000 000 „
Insgesamt:	10 150 000 000 Dollars

Hierzu kam die Jahresrente 1921 noch ein Zinsbetrag von über einer Milliarde Dollar. Alle trotz Lieferung in Vermehrung, trotz Hunger und Dualen des deutschen Proletariats, trotz der Steigerung seiner Arbeitsleistung ist noch eine Milliarde Dollar oder rund 1600 Milliarden Mark Zinsenrückstand. Nicht einmal die Zinsen erschöpfen der deutsche Kult.

Den größten Anteil an der Einfuhr nach Amerika haben Kohlen, die an Amerika geliefert worden, während die amerikanischen Bergarbeiter den Wiederkampf auf Leben und Tod führen. Die amerikanische Bourgeoisie, die Kampfer, der heute der deutsche Proletariat in Einfluß den Hut ziehen sollte, machen von dem deutschen Proletariat verlangt, mit der Weltgeschichte wenige unendlichen ungeheuer Holzschnitte kennt. — Indessen, weil kein deutschen Proletariat, der in Gewerkschaftsdisziplin erstickt, der Weltstadt und das klassenbewußtsein abgeht. Millionen 600 000 amerikanischen Arbeitern 6 Millionen gegen die [illegible] Mörderbanden des amerikanischen Kapitals, gegen

und [illegible] Arbeitsmarkt [illegible] Jahre 1920 [illegible] Ferner wird damit bewiesen, wie die außeramerikanische, hauptsächlich europäische Kaufkraft geschwächt ist.

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach den verschiedenen Weltteilen und die Einfuhr von dorther während des letzten und der beiden vorangegangenen Fiskaljahre bezifferte sich nach einem Bericht des Handelsdepartements ihrem Werte nach, wie folgt (in 1000 Dollar):

Ausfuhr nach:	1921/22	1920/21
Europa	2 067 027	3 408 380
Nordamerika (Canada, Mexiko usw.	896 951	1 646 016
Südamerika	190 827	323 450
Asien	480 856	547 347
Ozeanien	83 803	257 181
Afrika	51 717	134 029
Gesamtausfuhr:	3 771 181	6 516 313

Einfuhr nach:	1921/22	1920/21
Europa	830 475	937 950
Nordamerika	700 739	1 207 489
Südamerika	256 897	485 249
Asien	704 556	815 445
Ozeanien	31 241	183 471
Afrika	52 101	54 871
Gesamteinfuhr:	2 608 009	3 654 445

Die Ausfuhr und Einfuhr der Vereinigten Staaten nach und von den wichtigsten Handelsplätzen verteilt sich im letzten und vorletzten Fiskaljahr wie folgt (in 1000 Dollar):

Ausfuhr nach:	1921/22	1920/21	Einfuhr von 1921/22	1920/21
Großbritannien	844 000	1 326 000	270 000	328 000
Frankreich	231 000	433 000	140 000	150 000
Deutschland	350 000	382 000	96 000	91 000
Italien	138 000	302 000	61 000	80 000
China	101 000	138 000	109 000	113 000
Japan	249 000	189 000	308 000	253 000
Mexiko	138 000	267 000	123 000	155 000
Cuba	115 000	404 000	211 000	420 000
Argentinien	80 000	201 000	61 000	124 000
Brasilien	38 000	129 000	100 000	148 000
Chile	17 000	50 000	39 000	78 000
Europ. Rußland	14 000	17 000	22	1 000
Kanada	545 000	789 000	308 000	529 000
Belgien	103 000	184 000	43 000	42 000
Spanien	86 000	118 000	27 000	32 000

Wird über die Wertsteigerung resp. der Preissteigerung der Waren in Amerika in Betracht gezogen, so ergibt sich eine Verminderung des Gesamtexports um fast die Hälfte. Zahlenmäßig nach der jetzigen Bilanz: 3 771 181 gegen 6 516 313. Auch die Einfuhr ging stark zurück, wenn auch nicht in dem Maße als die Einfuhr. Die Berichtszeit ist jeweilig 12 Monate.

Wenn unsere hochgebrachten, in Ethik und Aesthetik machenden Kulturfreunde Recht haben, ist Afrika das Land der höchsten Kultur. Afrika hat nur um rund 4% weniger Kulturgüter bezogen als kapitalistische überzivilisierte Länder mit ihrer Ueberkultur. Ein weiteres Mißgeschick auf die „Mitten" weisen die Einfuhrzahlen von Japan auf. Japan ist der einzige Staat der Welt, dessen Ausfuhr nach Amerika durch zugenommen hat. Der geringe Rückgang der Einfuhr aus Deutschland ist auf die Kulturlosen des deutschen Proletariats zurückzuführen. Deutschland hat weitaus die niedrigsten Löhne der ganzen Welt, abgesehen von Oesterreich und Rußland. Aber auch dieses Bild ist falsch. Deutschland hat an der Einfuhr von 3 914 036 Pfd. chemischer Farben im ersten Halbjahr 1922 einen Anteil von 46%, dann folgt die Schweiz mit 41% und England mit 7%. Amerika hat eine fast nicht zu [illegible] chemische Farbenindustrie.

Die Ausfuhr ist ebenfalls kein Bild des weltlichen Standes der amerikanischen Exportwerkstätten, resp. von der Kaufkraft der nichtamerikanischen Staaten. An der Ausfuhr sind hauptsächlich einige technisch auf der höchsten Stufe stehenden Industrien beteiligt, die hochwertige, außerdem nicht zu ersetzende Qualitätserzeugnisse herstellen. Die fortgeschrittenste ist die elektrotechnische Industrie. Amerika versorgt die ganze Welt mit Apparaten für drahtlose Telegraphie. Ebenfalls fällt schon die drahtlose Telephonie ins Gewicht.

Wiederum spiegelt auch die amerikanische Einfuhr nicht die Kaufkraft des Volkes wider. Die Lieferungen aus Europa beruhen zum großen Teil auf Lieferungen für Schuldentilgung und sind ermöglicht durch die Arbeitsmut und [illegible] Bedürfnislosigkeit des deutschen Proletariats.

Die Schulden der „Verbündeten" gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika mag die Tabelle illustrieren:

Belgien	347 700 000 Dollars
Cuba	9 100 000 „
Frankreich	2 950 000 000 „
Griechenland	15 000 000 „
Großbritannien	4 166 300 000 „
Italien	1 648 000 000 „
Jugoslawien	26 200 000 „
Rumänien	23 200 000 „
Rußland	187 300 000 „
Nichtoffiziell	61 200 000 „
Verschiedene Staaten	716 000 000 „
Insgesamt:	10 150 000 000 Dollars

Hierzu kam die Jahresrente 1921 noch ein Zinsbetrag von über einer Milliarde Dollar. Alle trotz Lieferung in Vermehrung, trotz Hunger und Dualen des deutschen Proletariats, trotz der Steigerung seiner Arbeitsleistung ist noch eine Milliarde Dollar oder rund 1600 Milliarden Mark Zinsenrückstand. Nicht einmal die Zinsen erschöpfen der deutsche Kult.

Den größten Anteil an der Einfuhr nach Amerika haben Kohlen, die an Amerika geliefert worden, während die amerikanischen Bergarbeiter den Wiederkampf auf Leben und Tod führen. Die amerikanische Bourgeoisie, die Kampfer, der heute der deutsche Proletariat in Einfluß den Hut ziehen sollte, machen von dem deutschen Proletariat verlangt, mit der Weltgeschichte wenige unendlichen ungeheuer Holzschnitte kennt. — Indessen, weil kein deutschen Proletariat, der in Gewerkschaftsdisziplin erstickt, der Weltstadt und das klassenbewußtsein abgeht. Millionen 600 000 amerikanischen Arbeitern 6 Millionen gegen die [illegible] Mörderbanden des amerikanischen Kapitals, gegen

3. Jahrg. Nr. 68. Preis 7,50 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Betriebs-Vertrauensleute, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 460 20

Abonnementspreis für Groß-Berlin 70 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 90,— M. monatlich, nach dem Ausland 180,— M. monatlich.

Der Sinnes- und der Urquhartvertrag

Diese beiden Verträge sind ganz charakteristisch für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Es sind die ersten Abmachungen, welche einen tatsächlichen Wert im Sinne des kapitalistischen Wiederaufbaugedankens herstellen. Sie werden daher auch von der gesamten kapitalistischen Presse entsprechend begrüßt. Das europäische Kapital wittert Morgenluft, da es hofft, die Möglichkeit erblickt, sich von der amerikanischen Abhängigkeit frei zu machen. Es sieht schon den europäischen Wiederaufbau von innen heraus. Es ist sich bewußt, daß derselbe im wesentlichen von 2 Faktoren abhängig ist, einmal von der Ueberbrückung des deutsch-französischen Gegensatzes und zweitens von dem Wiederaufbau Rußlands. Beide Probleme sind durch den Abschluß der genannten Verträge in Angriff genommen. Es fragt sich nur, ob durch ihre Ausführung die bisher gehegten Hoffnungen verwirklicht werden können.

Der Anfang zum Stinnes-Lubersier-Vertrag ist vom deutschen Finanzkapital ausgegangen. Das sogenannte Wiesbadener Sachleistungs-Lieferungs-Abkommen bildete einen Teil seiner Erfüllungspolitik. Wenn nun das deutsche Schwerindustriekapital diesen Gedanken aufgegriffen und sich zu dessen Verwirklichung entschlossen hat, so liegt darin die deutsche Bereitschaft, die Verwirklichung der Möglichkeit der vom Finanzkapital betriebenen Politik, sondern nur den Anspruch einer enormen Profitmöglichkeit. Das Wiesbadener Abkommen sollte die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken, während die Ausführung der Stinnes-Vertrages wird jetzt Deutschlands Wirtschaft [illegible] Dollars von 120 und 2000. Die von dem Abschluß erhoffte Verständigung des deutschen und französischen Kapitals bezüglich der Reparationszahlungen wird vorläufig noch ausbleiben, da das französische Kapital sich gegen jeden Versuch, einen deutschen Willen der deutschen Schwerindustrie, die Interessensphäre durchzuführen, übergeben will. Es erwägt daher die Möglichkeit einer Prolongation des Moratoriums von 6 auf 12 Monaten. Der Preis des Abkommens von Stinnes ist die Selbstständigkeit der deutschen Wirtschaft. Nachdem sich das deutsche Kapital von der deutschen Arbeiterklasse losgelöst und sich in die Bolschewisierung gerettet hat, ist dieser Schritt eigentlich selbstverständlich.

Auf diese Weise erhält das deutsche Kapital seinen Profit in Goldwährung, notgedrungen ist die deutsche Arbeiterschaft die Warenbeistellung nach aufrecht erhalten kann. Die durch den Vertrag vorgesehenen Lieferungen erreichen den Betrag von 300 Millionen Goldmark, das sind beim heutigen Kurse 350 Papiermilliarden, welche von der deutschen Regierung an Herrn Stinnes zu zahlen sind. Dieser Betrag erhöht sich bei jeder Markentwertung, die notwendigerweise eintreten muß, da diese ungeheure Injektion unmöglich ohne Einwirkung auf die Mark bleiben kann. Angesichts ist es kaum anzunehmen, daß Stinnes nicht seinen Papiermilliarden-Profit in Valuta umsetzen sollte. Schließlich wird der ungeheure Rohstoffverbrauch für diese Lieferungen zu einer erheblichen Steigerung der Preise führen müssen, zumal da auf Grund der Vereinbarung der Preis der deutschen Materialien, die den französischen Lagern der zerstörten Gebiete zugeführt werden, auf keinen Fall den Preis der entsprechenden von dem französischen Markt gelieferten Materialien überschreiten darf. Diese negative Bestimmung gibt Stinnes das Recht, die von ihm verlangten Preise den französischen Marktpreisen anzupassen. Es kann somit die an und für sich schon sehr hohen Arbeitslosenziffer für Deutschland in die [illegible] treiben, sodaß damit jede Konkurrenzfähigkeit innerhalb Deutschlands unterbunden wird. Die Wiedergutmachung wird dadurch ins Unabsehbare hinausgeschoben. Die Schuld ist hauptsächlich auf den Export eingestellte Bankindustrie wird in Zukunft ausschließlich für den ausgedehnten Markt in Frage kommen. Dieser Vertrag führt außerdem noch zu einer ganz erheblichen Einschränkung des Einfuhrrechts, da bei ungehemmten Lieferungen, welche auf Grund des Vertrages von Stinnes zu bezahlen sind, nicht von ihm allein ausgeführt werden können und die als Lieferanten in Betracht kommenden Unternehmungen zu einer Vereinigung mit dem Stinnestrust gezwungen werden. Dieser Zwang wird um so stärker sein, als die zur Herstellung der Rohstoffe notwendige Kohlenzufuhr auch durch Stinnes gesichert ist.

Grund des Abschlusses dieses Vertrages hat Stinnes für das deutsche Schwerkapital die Vorherrschaft errungen. Deutsch hat nicht mit Unrecht erklärt, daß es nicht das erste Mal in der Geschichte ist, daß das Programm einer Partei von einer anderen angefeindeten Seite durchgeführt wird. Stinnes führt nicht das Programm des Finanzkapitals durch, welches mit dem Vertrage seine Herrschaft gegenüber dem Industriekapital sichern wollte, sondern sein von Anfang an erfolgtes Programm der Loslösung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vom Deutschen Reiche. Weiter ist aber seinen Plan ausführen will, will er noch die in der deutschen Wirtschaft steckenden Kräfte für seine Ziele einsetzen, um das französische Kapital, dessen Vertragskontrahent er ist, zu stützen. Stinnes hatte bisher nicht das geringste Interesse an einem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gezeigt, da derselbe die dadurch die industrielle Entwicklung von Rheinland-Westfalen beeinträchtigt hätte. Diese Schwenkung ist der Ausdruck für die volle Hoffnungslosigkeit der weiteren selbständigen Entwicklung der deutschen Eisenindustrie. Der Stinnes-Vertrag ist aus der Erfüllungspolitik entstanden.

Das französische Kapital hat den Stinnesabkommen zugestimmt. Der [illegible] Mark [illegible] Stinnes [illegible] Kapital [illegible] Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gezeigt, da derselbe die dadurch die industrielle Entwicklung von Rheinland-Westfalen

Weitere Reparationsgeschäfte

Katastrophales Sinken der Lebenshaltung

Dem Kapital ist durch die erbärmlich feige und verräterische Haltung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bewirkt der Rücken gestärkt worden, daß dasselbe jetzt wagen kann, ohne jede kleinbürgerliche Sentimentalität und mit brutaler Rücksichtslosigkeit, offen gegen das Proletariat vorzugehen. Die Führer der Partei und der Gewerkschaften, sowohl die kleinen als auch die großen, sind durch ein raffiniertes System der Korruption so stark an den gewinnbringenden kapitalistischen Ausbeutungsmethoden interessiert worden, daß sie ihre Opposition nur noch als psychologisch gut berechnete Reklame, als Aushängeschild, das gewissermaßen zum Geschäft gehört, gebrauchen. Eine Hand wäscht die andere. Das Geschäft der ehemals für das internationale Proletariat so bedeutungsvollen Arbeiterorganisation hat sich völlig verändert. Durch das Bankmachen und den nachfolgenden militärischen Zusammenbruch [illegible] gewordene Kriegsgewinnler, Chefredakteure großkapitalistischer Zeitungen und Fraktionspolitiker engros geben ihr heute das charakteristische Gepräge. Der schon so sehr geschundene Rücken des Proletariats muß immer wieder aufs neue herhalten.

Der Reichsbankpräsident Havenstein weilt augenblicklich in London, um dort mit den maßgebenden Kreisen Fühlung zu nehmen. Einmal handelte es sich dabei um die in jener Zeit anläßlich der Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien so oft erörterten Garantien für die von Deutschland für Belgien verlangten Schutzrechte. England hat zwar die lebhaften Verlangen nach einer möglichst reibungslosen Erledigung der Reparationsgeschäfte, ist aber durch die augenblicklich sich kritisch zuspitzenden Verhältnisse im Orient gezwungen, Frankreich in jeder Weise entgegenzukommen. So verlautet denn auch schon, wie aus der weiter unten folgenden Meldung ersichtlich ist, daß England ebenso wie Belgien die Hinterlegung eines Goldbesitzes bei der Bank von England als Sicherheit verlangt.

Von noch weit stärkerer Bedeutung ist aber die Tatsache, daß Havenstein in London versucht, ein ähnliches Abkommen, wie das Stinnesgeschäft mit der englischen Großindustrie abzuschließen. Die deutsche Regierung muß natürlich in einem solchen Fall der Vertragspartner weitgehendste politische und wirtschaftliche Konzessionen anbieten, die wiederum nur auf Kosten der Arbeiterklasse möglich sind. Und das ist tatsächlich für die Unternehmer der einzig gangbare Ausweg zur Bereinigung der Krise der kapitalistischen Profitwirtschaft. Fragt sich nur, wie lange die gebeuchelten Proleten, die im [illegible] Sinne des Wortes doch heute nur noch „Tote auf Urlaub" sind, sich das gefallen lassen. Wenn diese Wirtschaft tatsächlich endlich aus ihren eigenen Widersprüchen heraus zusammenbricht, wird die Arbeiterklasse infolge der andauernden Unterernährung kaum noch physisch in der Lage sein, tatkräftig am Aufbau der proletarischen Gemeinschaft mitzuwirken. Es gilt daherm möglichst schnell und andauernd im Sinne der Revolution zu handeln, ehe es zu spät ist.

Die allgemeine Lebenshaltung muß mit rasender Geschwindigkeit bergab gehen. Die ungeheuren Profite, die Stinnes und all die anderen, die das Mäntelchen nach machen werden, einstreichen, muß die deutsche Regierung bezahlen. Das wird sich in Form der Zwangsanleihe ausgewirkt. Da die deutsche Regierung aber keine Mittel zur Verfügung hat und schließlich auch noch einen großen Teil ihrer Goldreserve hergeben muß, wird sie naturgemäß zur Bezahlung einfach neues Geld drucken, das dann aller Voraussicht nach wesentlich weniger Goldbedeckung aufzuweisen hat. Die Folge davon ist ein weiteres rapides Sinken der Mark in einem Ausmaß, wie wir es bisher noch nicht erlebt haben. Hand in Hand damit geht selbstverständlich der Reallohn und damit auch gleichzeitig die Verelendung der Arbeiterklasse. Die Senkung des Reallohnes wird noch in hervorragenden Maße dadurch beschleunigt werden, daß alle Industrien, die am Reparationsgeschäft nicht direkt beteiligt sind, wegen der mangelnden Kaufkraft der Bevölkerung noch eingeschränkt und teilweise sogar stillgelegt werden müssen, was eine größere Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Eine größere Anzahl Arbeitsloser wirkt aber im kapitalistischen Produktionsprozeß immer stark lohnsenkend.

Das sind die Aussichten für die allernächste Zukunft. Es muß offen ausgesprochen werden, daß die Verelendungstheorie an der eisernen Gewalt der kapitalistischen Produktionswirtschaft, die nach an ihrem Ende alles blühende Leben mit in ihren Strudel hineinziehen wird, scheitern muß. Nur der geballte Wille des Proletariats kann schneren Weg des Klassenkampfes zu beschreiten, wird die Menschheit vor einer lichteren Zukunft entgegenführen.

Auslieferung der Goldreserve!

In den Verhandlungen des Reichsbankpräsidenten Havenstein in London erklärt der Union Telegraph, daß die Bank von England ihre Bereitwilligkeit, die nach Deutschland an Belgien ausgegebenen Schatzscheine zu diskontieren, davon abhängig macht, daß die Reichsbank bei der Bank von England ein Goldbesitz in einer noch zu vereinbarenden Höhe [illegible] Bank von England [illegible] Bedenken bestehen, als gegen eine solche bei der belgischen Nationalbank.

Ein neues Reparationsgeschäft mit Frankreich

Die ungeheuren Profite, die Stinnes durch sein Abkommen mit Lubersier einheimst, lassen die anderen Kapitalisten nicht schlafen. Schon liegt eine Meldung vor, daß auch südwestliche Industriekreise mit Frankreich ein ähnliches Abkommen getroffen haben.

Stuttgart, 16. Sept. (T. U.) Nachdem das Abkommen zwischen Stinnes und Lubersier abgeschlossen wurde, ist auch in Württemberg ein Sachleistungsabkommen zwischen einer südwestlichen und einer französischen Interessentengruppe geplant worden, welches für die südwestliche Industrie besonders große Bedeutung sein dürfte. Nachdem es gelang, eine deutsche Großbank, und zwar die hiesige Filiale der Kommerz- und Privatbank für das Abkommen zu interessieren, wurden am 2. September die Verträge von beiden Interessengruppen unterzeichnet.

Auch die Agrarier melden sich

Die Agrarier, die alle durch die Bank zu den Revolutionsgewinnern gehören, wollen es sich nicht nehmen lassen, mit den Wucherpreisen der Industrie Schritt zu halten. Sie beschreiten das Getreide-Umlageverfahren mit allen Mitteln ihrer in letzter Zeit stark ausgebauten Organisation. Ohne Scheu wird öffentlich und auch im Reichstag erklärt, daß die Getreide solange zurückgehalten wird, bis angemessene Preise festgesetzt werden. Ueber den Begriff der Angemessenheit herrscht bei diesen Leuten natürlich nur eine Meinung, nämlich wesentlich vom Dollarkurs und darüber hinaus bestimmt ist.

Der vom Reichstag eingesetzte Ausschuß zur Begutachtung der Preise für das Umlagegetreide hat jetzt eine Erhöhung der Preise für das abzuliefernde Brotgetreide des ersten Umlagebetriebs beschlossen. Das Brotgetreide soll danach ab 1. Oktober erhöht werden. Es ist zu erwarten, daß in ganz wenigen Wochen und die Preise für das trockene Brot, dessen der wichtigsten Ernährungsmittel der Arbeiterschaft, werden ebenfalls um das Vielfache erhöht.

Die Liebesgaben, die man damit den Agrariern in den Rachen wirft, werden auf etwa 17 Milliarden geschätzt.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liebe, Berlin. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei, Berlin S 42, Dresdnerstraße 160.